



Landwirt Sören Borsum besitzt vier Traktoren, die zurzeit von der Steuerpflicht befreit sind. Zu erkennen sind sie an den grünen Kennzeichen.

FOTO: RALF BÜCHLER

Kfz-Steuer für landwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge angedacht

Bundesrechnungshof regt an, die Steuerbefreiung zu überdenken – **Bauern lehnen Pläne ab**

VON KERSTIN WOSNITZA

Kreis Peine. „Im März der Bauer die Rösslein einspannt“, heißt es in einem alten Volks-

lied. Doch das ist lange vorbei, Pferde spielen bei der Arbeit in der Landwirtschaft schon seit Jahrzehnten keine Rolle mehr. Deshalb sei es an der Zeit, die

Befreiung von ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Fahrzeugen von der Kraftfahrzeugsteuer zu überdenken, regt der Bundesrechnungshof an. Schließlich sei der Gedanke bei der Einführung dieser Regelung vor mehr als 100 Jahren gewesen, den Bauern den Umstieg vom Pferd auf den Trecker schmackhaft zu machen und damit die Motorisierung der Landwirtschaft voranzutreiben. Dieses Ziel sei längst erreicht. Die Landwirte sind von dem Vorstoß erwartungsgemäß nicht begeistert: Ihnen entstünden erhebliche zusätzliche Kosten, argumentieren sie.

„Die Steuerbefreiung wirkt sich natürlich auf die Preise aus. Eine Abschaffung der Regelung hätte zur Folge, dass sich die Produktion verteuert – das müssten die Landwirte an ihre Abnehmer weitergeben, es käme zu weiteren Kostensteigerungen bei Lebensmitteln. Am Ende bezahlen die Verbraucher“, rechnet Kreislandwirt Wilfried Henties vor. Die Landwirte bräuchten die Maschinen, ohne gehe es nicht. Er weist aber auch darauf hin, dass für die Nutzung eines grünen Kennzeichens, das für die steuerbefreiten Fahrzeuge ausgegeben wird, konkrete Vorgaben erfüllt sein müssten.

Geregelt ist das in § 3 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Unter Punkt 7 sind dort die Voraussetzungen für die Landwirtschaft aufgelistet. Sie betreffen zum einen die Bauart

(Zugmaschinen, Sonderfahrzeuge und Anhänger), zum anderen die Nutzung. Die Fahrzeuge dürfen demnach ausschließlich in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben, zur Durchführung von Lohnarbeiten für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe oder zur Beförderung für solche Betriebe genutzt werden, wenn diese Fahrten in einem solchen beginnen oder enden.

Damit ist die Flexibilität der täglichen Nutzung natürlich stark eingeschränkt. „Wer sich nicht an die Vorgaben hält, begeht Steuerhinterziehung“, betont der Kreislandwirt Henties. Damit das grüne Kennzeichen für landwirtschaftliche Fahrzeuge genutzt werden kann, sind darüber hinaus noch besondere Anforderungen zu erfüllen, etwa die Bewirtschaftung von wenigstens zwei Hektar Land.

Einer, der von der Änderung betroffen wäre, ist Sören Borsum. Der 36-Jährige bewirtschaftet einen mit rund 300 Hektar Fläche für unsere Region großen landwirtschaftlichen Betrieb in Duttonstedt. Borsum besitzt vier Traktoren und vier TÜV-pflichtige Anhänger, die von der Aufhebung der Steuerbefreiung voraussichtlich betroffen wären. „Ich habe mal überschlagen, was an zusätzlichen Kosten auf mich zukäme: Für die vier Schlepper wären es rund 1.800 Euro im Jahr, für die Anhänger noch einmal etwa 1.500 Euro – insge-

samt also 3.300 Euro“, sagt der junge Landwirt.

Zudem werde zurzeit die Agrar-Diesel-Rückvergütung diskutiert, nach der Bauern für den Treibstoff ihrer Ackerfahrzeuge pro Liter 21 Cent erstattet bekommen. „Das wären für meinen Betrieb noch einmal rund 7.000 bis 8.000 Euro Mehrkosten pro Jahr. Beide Änderungen zusammen genommen würden mich also weit mehr als 10.000 Euro jährlich kosten“, rechnet er vor. Es würde für ihn noch schwieriger, wirtschaftlich zu produzieren.

Der NDR hat in einem Beitrag der Sendung „Hallo Niedersachsen“ bereits über das Thema berichtet. „Wir fordern, die Befreiung von der Kfz-Steuer beizubehalten, weil die entsprechenden Fahrzeuge überwiegend auf Äckern beziehungsweise landwirtschaftlichen Flächen genutzt werden“, wird dort eine Stellungnahme von Sonja Markgraf, Sprecherin des Landvolks Niedersachsen, zitiert. Der Vize-Präsident des Bundes der Steuerzahler, Ralf Thesing, sagt dort vor der Kamera, dass man sich nicht direkt für die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer für Landwirte ausspreche, aber Sympathie dafür habe, wenn geprüft werde, ob diese aus Gründen der Steuergerechtigkeit auch heute noch gelten sollte. „Aber jetzt einfach in Bausch und Bogen alles abzuschaffen, macht aus unserer Sicht keinen Sinn“, so Thesing.



Kontrolle der Trinkwasser-Infrastruktur ab KW 6 in der Ortschaft Meerdorf

Der Wasserverband Peine nimmt ab der 6. Kalenderwoche die regelmäßig vorgeschriebene Armaturenkontrolle im Ortsnetz von Meerdorf vor.

Diese Prüfung der Armaturen wird voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen, sie ist witterungsabhängig, deshalb kann leider kein genauerer Zeitplan genannt werden. Diese Maßnahme dient Ihrer Versorgungssicherheit.

Bei dieser Prüfung kann es aufgrund der veränderten Druckverhältnisse zu kurzzeitigen Druckschwankungen im Leitungsnetz kommen, die auch zu hygienisch unbedenklichen Trübungen führen können.

Ihr Wasserverband Peine

6296501_002423



Kontrolle der Trinkwasser-Infrastruktur ab KW 7 in der Gemeinde Edemissen, in den Ortschaften Abbensen, Ankensen, Berkhöpen und Edemissen

Der Wasserverband Peine nimmt ab dem 16. Februar die regelmäßig vorgeschriebene Armaturenkontrolle in den Ortsnetzen von Abbensen, Ankensen, Berkhöpen sowie Edemissen in der Gemeinde Edemissen vor.

Diese Prüfung der Armaturen wird voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Sie ist witterungsabhängig, deshalb kann leider kein genauerer Zeitplan genannt werden. Diese Maßnahme dient Ihrer Versorgungssicherheit.

Bei dieser Prüfung kann es aufgrund der veränderten Druckverhältnisse zu kurzzeitigen Druckschwankungen im Leitungsnetz kommen, die auch zu hygienisch unbedenklichen Trübungen führen können.

Ihr Wasserverband Peine

6296801_002423